

WALTER HALLSTEIN-INSTITUT FÜR EUROPÄISCHES VERFASSUNGSRECHT



FORUM CONSTITUTIONIS EUROPAE

FCE 4/08

**DER VERTRAG VON LISSABON:
EIN GUTER WEG IN UNSERE GEMEINSAME ZUKUNFT**

GUNTHER KRICHBAUM, MdB

VORSITZENDER DES BUNDESTAGSAUSSCHUSSES FÜR DIE ANGELEGENHEITEN DER
EUROPÄISCHEN UNION

**Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin
am 27. Mai 2008**

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

*Das Forum Constitutionis Europae ist eine gemeinsame Veranstaltung des
Walter Hallstein-Instituts und der Robert Bosch Stiftung.*

Es ist Sonntagabend. Im Fernsehen [HR 3 16.4.2004 / 21:15 Uhr] läuft eine Sendung über St. Petersburg während des Zweiten Weltkriegs. Es wurden Bilder einer von deutschen Truppen zerstörten Stadt gezeigt. Mein achtjähriger Sohn Konstantin sagt nur: „Gell, Papa, Europa gab es da noch nicht. Zum Glück ist jetzt Europa da.“

Treffender hätte man es nicht formulieren können. Ja, damals gab es Europa noch nicht.

Ein Europa, das wir meinen. Ein Europa, das nach Jahrzehnten kriegerischer Auseinandersetzungen zu Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand gefunden hat. Alleine den Frieden betrachten wir heute als pure Selbstverständlichkeit.

Unser Weg zu einem geeinten Europa hätte schmerzvoller nicht sein können: Nach dem Ersten Weltkrieg waren fast 9 Mio. Tote zu beklagen und nach dem Zweiten Weltkrieg über 60 Mio. Was sich nahezu als nüchterne Statistik liest, bedeutet im Klartext millionenfache Schicksalsschläge, einhergehend mit Flucht, Elend und Vertreibung, Verlust von Familienangehörigen und Eigentum.

Es waren und bedurfte mutiger Männer wie Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, aber auch Persönlichkeiten wie Monet, Schuman und De Gasperi, die den Blick vor dem Hintergrund dieser leidvollen Erfahrungen nach vorne richteten und sich auf den Trümmerbergen in Europa die Hände reichten. Sie wollten Zeichen für ein neues geeintes Europa setzen. Alleine die sich daraus entwickelnde deutsch-französische Freundschaft ist eines der großen Wunder von Europa. Aus „Erbfeinden“ wurde eine Freundschaft, die sich nun ihrerseits von Generation zu Generation weitervererbt. Und immer stärker kommt heute zum Ausdruck, dass Europa eben mehr ist als eine reine wirtschaftliche Gemeinschaft. Die Idee vom geeinten Europa wurde in einer Zeit geboren, als der Hass zwischen den Völkern noch ganz aktuell war. Überwunden werden konnte er nur, weil sich die Völker Europas gemeinsam zu Menschenrechten, Freiheit, Demokratie und Frieden bekannten. Europa ist vor allem auch eine Wertegemeinschaft, die ihre Werte aus christlich-jüdischen Wurzeln bezieht. Jeder, der Mitglied der EU werden will, muss sich vorbehaltlos zu diesen Werten bekennen.

In der Folgezeit wurden die ersten Institutionen in Europa gegründet. Es entstanden die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die Euratom und die europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Ziel war es, jene Rohstoffe, wie vor allem Kohle und Stahl, deren Vorkommen über Dekaden der Geschichte zwischen den Völkern einen Zankapfel bildeten, unter gemeinsame europäische Verantwortung zu stellen.

Doch das vorhin beschriebene Wunder fand nur in einem Teil Europas statt. Und der Eiserne Vorhang wollte, dass Millionen von Menschen über Jahrzehnte von den Errungenschaften des freien und friedliebenden Europas ausgeschlossen waren. Erst 1989 wurde der Kalte Krieg überwunden und keiner hätte bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge, der Geburtsstunde der EG im Jahre 1957, gedacht, dass aus den ehemals sechs Staaten exakt 50 Jahre später eine Gemeinschaft der 27 entstehen würde.

Ja, Europa ist immer schrittweise gewachsen und zusammengewachsen. In seiner Entwicklungsgeschichte gab es Fortschritte, aber auch Rückschläge. Kaum mehr jemand weiß

um das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und um die „Politik der leeren Stühle“. Aber ebenso richtig ist, dass Europa am Ende immer gestärkt aus den Krisen hervorgegangen ist.

Rückblickend möchte ich nur drei Beispiele von überragender integrationspolitischer Bedeutung nennen:

1. Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) im Jahre 1986, deren Ziel die Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes war.
2. Die Gründung der Europäischen Union und die Einführung des Euro durch den Vertrag von Maastricht im Jahre 1992.
3. Das Schengener Übereinkommen, wonach seit dem Jahre 1995 zunehmend auf gegenseitige Grenzkontrollen verzichtet wird und die Freiheit der Bürger Europas damit in eine neue Dimension vorgestoßen ist.

Der fast logische weitere Integrationsschritt wäre eine gemeinsame europäische Verfassung gewesen. Dieser Schritt erwies sich im Nachhinein als zu groß. Dies hatten die ablehnenden Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gezeigt. Europa befand sich damals am Eingang einer Sackgasse und niemand wusste so recht, wie es weitergehen soll.

Es ist – allgemein anerkannt – der Verdienst der deutschen Ratspräsidentschaft und insbesondere von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass ein neuer Anlauf unternommen wurde, der die Substanz der Verfassung retten sollte. Dies konnte am Ende mit dem (wie wir ihn heute bezeichnen) Vertrag von Lissabon gewährleistet werden. Aber noch sind nicht alle Hürden überwunden. Hiermit meine ich noch nicht einmal die zu erwartende Klage vornehmlich einer Fraktion vor dem Bundesverfassungsgericht, nachdem Bundestag und Bundesrat nunmehr die Ratifizierung abgeschlossen haben.

Vielmehr meine ich das bevorstehende Referendum in Irland. Jüngste Meinungsumfragen vom 25. Mai 2008 zeigen gegenwärtig eine Zustimmung von 41% bei einem ablehnenden Teil von 33%, wobei ein beträchtlicher Anteil von 25% der Bevölkerung noch unentschieden ist, ob er dem Vertrag zustimmen soll. Diese Zahlen verwundern zunächst vor dem Hintergrund, dass es in der Vergangenheit kaum ein Land gegeben hat, das in solch hohem Ausmaß von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert hat. In der medialen Auseinandersetzung des Pro und Contra für den Lissabon-Vertrag erlebt Irland seit den letzten Wochen eine Art „Stellvertreterkrieg“. So wettet insbesondere die britische europafeindliche Murdoch-Presse gegen den Vertrag und möchte die irischen Bürger für ihre Zwecke instrumentalisieren. Persönlich fände ich es deshalb hilfreich, wenn ausländische Unternehmen, die in Irland mit eigenen Standorten vertreten sind, auf die Bedeutung ihrer Investition zugunsten der dort geschaffenen Arbeitsplätze und des Wohlstands aufmerksam machen würden.

Auch in Deutschland gibt es oft ein Unbehagen der Bürger beim Thema Europa. Dabei kann ich die Bedenken gut nachvollziehen. Oftmals schlagen auch hier zwei Herzen in meiner Brust. Dabei wird kaum jemand die eingangs beschriebenen historischen Errungenschaften

Europas in Frage stellen. Vielmehr gibt es bei vielen Bürgern oftmals eine Abwehrreaktion gegenüber europäischen Prozessen und Entscheidungen, die als technokratisch und bürokratisch empfunden werden. Sie gewinnen das Gefühl, als mische sich Brüssel unzulässig in ihre Belange ein, die sie doch Jahre und jahrzehntelang selbst am besten zu regeln wussten. So mancher deutsche Gemeinderat weiß beim Stichwort „Flora-Fauna-Habitat“, wovon ich spreche.

Richtig ist aber auch, dass der Vertrag von Lissabon genau diese Probleme anpackt. So wird Europa durch diesen handlungsfähiger, demokratischer und transparenter.

Das beinhaltet auch, dass die Zuständigkeiten in Zukunft klarer voneinander abgegrenzt werden. Mit der neu geschaffenen Subsidiaritätsrüge bzw. -klage sind erstmals in der europäischen Integrationsgeschichte die nationalen Parlamente in einer Rolle der Mitverantwortung. Ihnen obliegt es in Zukunft Kompetenzverletzungen gegenüber den europäischen Institutionen geltend zu machen.

Im Falle der *Subsidiaritätsrüge* können in Zukunft ein Drittel der nationalen Parlamente einen geplanten Rechtsetzungsakt der Kommission zur erneuten Überprüfung vorlegen, sofern diese der Überzeugung sind, dass ihre Rechte verletzt wurden. Schon daraus wird ersichtlich, dass die nationalen Parlamente der Europäischen Union in Zukunft erheblich enger zusammenarbeiten müssen. Dies geschieht im Rahmen der sog. COSAC, einem Zusammenschluss der Europaausschüsse der nationalen Parlamente. Diese gegenseitige Konsultation ist besonders wichtig, weil für die Prüfung einer Rüge eine Frist von acht Wochen besteht.

Bei der *Subsidiaritätsklage* kann hingegen in Zukunft eine Minderheit von einem Viertel der Bundestagsabgeordneten nach Verabschiedung eines europäischen Rechtsakts eine Klage wegen Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip beim EuGH anstrengen. Hierfür wurde eigens Artikel 23 des Grundgesetzes entsprechend erweitert.

Aber auch das Europäische Parlament wird durch den Vertrag von Lissabon aufgewertet. Das Mitentscheidungsverfahren wird zum Regelfall bei der EU-Rechtssetzung, womit das Europäische Parlament dem Rat und der Kommission weitgehend gleichberechtigt gegenübersteht.

Der Demokratiezuwachs durch den Lissabon-Vertrag beschränkt sich aber nicht nur auf stärkere Mitspracherechte für die Parlamente. Erstmals bekommen die Bürger in Europa durch die Europäische Bürgerinitiative selber die Möglichkeit, ihre Vorstellungen von der europäischen Zukunft zu formulieren. Der Vertrag sieht vor, dass eine Million EU-Bürger „aus einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten“ die Kommission auffordern können, Rechtsakte zu erlassen. Dies dürfte bei knapp 500 Mio. Bürgern leicht zu erreichen sein. Dieses neue Recht für die Bürger muss jetzt vom Europäischen Parlament und vom Rat auch bürgerfreundlich und ohne unnötige Hürden ausgestaltet werden. Im Zeitalter des Internets sollte es möglich sein, sich online an einer solchen Initiative zu beteiligen.

Der Vertrag von Lissabon führt in seiner entscheidenden Konsequenz aber endlich wieder zu einer Handlungsfähigkeit der EU.

Wer deshalb gegen den Vertrag von Lissabon ist, muss verdeutlichen, was die Alternative wäre. Gegenwärtig handeln wir auf der Grundlage des Vertrages von Nizza und damit auf der Grundlage eines Europa der 15 Mitgliedstaaten. Mit heute 27 Mitgliedstaaten ist Europa längst aus diesen Kinderschuhen herausgewachsen, die an allen Ecken und Enden drücken. In Zukunft werden viele Bereiche der europäischen Politik mehrheitlich entschieden. Blockaden, wie sie vor allem dann entstehen können, wenn das Einstimmigkeitsprinzip gefordert wird, werden dann zunehmend der Vergangenheit angehören. Ab 2014 gilt daher das Prinzip der doppelten Mehrheit. Das bedeutet, dass in Zukunft 55% der Mitgliedstaaten, die 65% der Bevölkerung repräsentieren, mehrheitlich entscheiden werden.

Bislang erfolgte die europäische Integration über die Wirtschaft und insbesondere über die Landwirtschaft und den Wettbewerb. Andere Politikfelder blieben demgegenüber deutlich zurück. Das wird sich jetzt ändern.

Die europäische Integration darf insgesamt nicht stehen bleiben. *In der Vergangenheit wurde viel zu oft danach gefragt, ob Europa machen kann, was es will.* Die Frage die sich doch stellt ist: *Will Europa machen, was es kann?* Der Vertrag von Lissabon schafft jetzt die Grundlage dafür, dass Europa seine Potentiale besser nutzen kann. Das bedeutet auch, dass sich Europa auf jene Politikfelder konzentrieren muss, die über die Kraft der einzelnen Nationalstaaten – und seien sie auch noch so groß – hinausgehen.

Im Zeitalter der Globalisierung liegen Chancen und Herausforderungen eng beieinander. Hier muss Europa noch viel mehr die Globalisierung als Chance begreifen. Vor allem Deutschland profitiert als Exportweltmeister von neuen Zugängen zu immer mehr Märkten. Hiervon profitieren die Verbraucher in Europa unmittelbar.

In Zeiten steigender Ölpreise mögen einige von Ihnen zweifeln. Aber was wären wir hier ohne den Euro? Die Rohölpreise werden auf Dollarbasis abgerechnet. Stünde der Euro mit 83 Cent gegenüber dem Dollar heute noch auf seinem Tiefstand von 2001, so würden wir heute drei Euro für einen Liter Super an der Tankstelle bezahlen!

Lassen Sie mich noch *weitere Bereiche* nennen, die nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten der EU lösbar sind:

Die *Bekämpfung des Klimawandels* wird nur gemeinsam zu lösen sein.

Gleiches gilt für die *Sicherheit der Energieversorgung* der Bürger in Europa. Vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage vor allem aus China und der steigenden Rohstoffpreise gewinnt dieser Aspekt für die Zukunft eine überragende Bedeutung. Beides sind Ziele, die der Vertrag von Lissabon erstmals ausdrücklich im Primärrecht erwähnt.

Deutlich wird dies auch im *Forschungsbereich*. Nur in einem „europäischen Raum“ für Forschung werden wir im weltweiten Wettbewerb gegenüber Ländern und Regionen wie den USA und Fernost bestehen können. Hier wird es nicht ausreichend sein, wenn weiterhin 27 Kochtöpfechen auf dem Herd stehen. Vielmehr brauchen wir gesamteuropäische Forschungsanstrengungen, bei denen jeder seinen Teil zum dem Gesamtrezept hinzu gibt. Denn wir dürfen im Hochlohnbereich Europa nicht vergessen: Europa muss immer um soviel

besser sein, wie es in seinen Produktionskosten teurer als andere Regionen der Welt ist. Erst ein dynamisches und wachstumsstarkes Europa ist Garant für sichere Arbeitsplätze und damit den Erhalt unseres hohen sozialen Niveaus. Soziale Sicherheit ist nicht ohne Wettbewerb und Wachstum möglich.

Vor allem muss es gelingen in der *Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)* zu einer größeren Kohärenz zu gelangen. Durch die neu geschaffene Struktur eines künftigen Außenministers der Europäischen Union, dem sog. Hohen Repräsentanten, der auf einen Europäischen Auswärtigen Dienst zugreifen kann, werden hierfür die notwendigen Weichen gestellt. Da dieser „Außenminister“ zugleich Vizepräsident der Europäischen Kommission ist, steigt auch deren Einfluss im Bereich der Außenpolitik.

Wenn wir über den Bereich der GASP sprechen, muss auch die Idee gemeinsamer europäischer Streitkräfte erwähnt werden, in die Teile der nationalen Armeen unter einem europäischen Kommando aufgehen könnten. Ob es hierzu kommen wird, kann heute noch nicht abgesehen werden. Dabei wären viele praktische Probleme zu lösen, so beispielsweise das Recht des Deutschen Bundestages, jedem Einsatz der Bundeswehr zustimmen zu müssen. Gemeinsame europäische Streitkräfte wären aber ein sichtbarer Ausdruck des Willens der europäischen Staaten, Verantwortung für Frieden und Freiheit in der Welt zu übernehmen.

Der Vertrag von Lissabon liefert das Fundament für die zukünftige Entwicklung Europas.

Lassen Sie mich abschließend noch kurz auf die Situation auf dem Balkan eingehen, weil mir diese Region persönlich besonders am Herzen liegt und sich dort die friedenschaffende Wirkung von Europa besonders deutlich zeigen kann.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die deutsch-französische Aussöhnung und die europäische Integration *das* Modell für die Staaten des westlichen Balkans sein können. Aber nicht außerhalb der Europäischen Union, sondern innerhalb.

Die Perspektive einer Mitgliedschaft kann hierfür der notwendige Katalysator sein.

Für die Zukunft ist aber auch darauf hinzuweisen, dass beitrittswillige Staaten die Kriterien für eine Mitgliedschaft in vollem Umfang erfüllen müssen.

Die Gewinner eines solchen Prozesses werden wir aber alle sein, denn es ist auch in unserem Interesse zu einem Mehr an Stabilität auf dem Balkan zu kommen.

Hier besteht noch ein erheblicher Handlungsbedarf, bei dem auch unsere Bürgerinnen und Bürger gefordert sind.

Zur Verdeutlichung: Während alleine zwischen Baden-Württemberg und Frankreich heute 496 Städtepartnerschaften existieren, bestehen zwischen ganz Deutschland und Serbien gerade einmal drei.

Nur wenn wir selbst mit anpacken, wird auch für diese Menschen die Vision Konrad Adenauers Wirklichkeit werden:

„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“
